Ressort: Gesundheit

Mutterschaftsgeld: Krankenkassenausgaben seit 2007 gestiegen

Berlin, 22.11.2018, 14:31 Uhr

GDN - Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für das Mutterschaftsgeld sind in den vergangenen gut zehn Jahren um knapp 40 Prozent gestiegen. Das geht aus der Antwort des Bundesfamilienministeriums auf eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hervor, über die die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Freitagsausgaben) berichten.

Demnach beliefen sich die Ausgaben für das Mutterschaftsgeld im vergangenen Jahr auf 699 Millionen Euro – etwa 39 Prozent mehr als noch im Jahr 2007. Den Angaben zufolge wurde die Leistung im vergangenen Jahr in 470.668 Fällen gezahlt, berichten die Zeitungen. 2007 seien es 348.255 Fälle gewesen. Mutterschaftsgeld wird von den gesetzlichen Krankenkassen während der Schutzfristen vor und nach der Entbindung sowie für den Entbindungstag gezahlt. Es beträgt höchstens 13 Euro pro Kalendertag. Darüber hinaus gibt es gegebenenfalls den so genannten Arbeitgeberzuschuss zum Mutterschaftsgeld. Wenn der durchschnittliche Nettolohn pro Kalendertag den Betrag von 13 Euro übersteigt, muss der Arbeitgeber die Differenz als Zuschuss zum Mutterschaftsgeld zahlen. Bei einem Beschäftigungsverbot außerhalb der Schutzfristen, das zum Beispiel wegen unverantwortbarer Gefährdungen für die schwangere oder stillende Frau oder ihr Kind ausgesprochen wird, besteht Anspruch auf Mutterschutzlohn. Dieser wird dem Arbeitgeber von den Krankenkassen vollumfänglich erstattet. Laut Bundesfamilienministerium geschah dies im vergangenen Jahr in 721.011 Fällen. Werdende und gerade gewordene Mütter hätten Anspruch auf Schutz, sagte der FDP-Gesundheitsexperte Wieland Schinnenburg. "Durch Beschäftigungsverbote werden aber sowohl Arbeitgeber als auch die Arbeitskollegen stark belastet. Das kann die Einstellungschancen von Frauen im gebärfähigen Alter beeinträchtigen", sagte Schinnenburg den Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland". Dieses Problem scheine an Bedeutung zuzunehmen: "Die Zahl der Beschäftigungsverbote steigt deutlich stärker als die Zahl der Geburten", so der FDP-Politiker. Es bestehe Handlungsbedarf. "Es ist dringend zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen durch betriebliche Maßnahmen auf ein Beschäftigungsverbot verzichtet werden kann oder in welchen Fällen umgekehrt zusätzliche Schutzmaßnahmen ergriffen werden müssen", so Schinnenburg weiter. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind im vergangenen Jahr 784.884 Kinder in Deutschland geboren worden. Das entspricht einem Anstieg um 14,6 Prozent gegenüber dem Wert von 2007.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-115733/mutterschaftsgeld-krankenkassenausgaben-seit-2007-gestiegen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619